

II- 154 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 17. JUNI 1970 No. 123/J

### A n f r a g e

der Abgeordneten **P e t e r** und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,  
betreffend den geplanten Ausbau des Zivillughafens Linz-Hörsching.

In der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates haben freiherrliche Abgeordnete den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen wiederholt mit dem Ziel interpelliert, die Bewohner von Traun, Pasching und Umgebung vor den in jeder Hinsicht unzumutbaren Auswirkungen des geplanten Ausbaues des Zivillughafens Linz-Hörsching zu bewahren.

Während die betroffenen Siedler immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen als Flughafen-Bewilligungs- und Aufsichtsbehörde auch obliegt, die Auswirkungen des Vorhabens auf Rechte Dritter zu prüfen, hat der Amtsvorgänger des jetzigen Herrn Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die gegenständlichen Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes sehr einschränkend interpretiert.

Auch der Vorhalt, daß man seitens der Flughafen Linz-Betriebs-Gesellschaft mbH. bei dem beabsichtigten Projekt von völlig unrealistischen Voraussetzungen (erwartetes Fluggastaufkommen) ausgegangen sei, wurde vom früheren Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen dahingehend beantwortet, er betrachte es nicht unbedingt als seine Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit des vorgesehenen Flughafenausbaues zu prüfen.

Da die Bevölkerung von Traun, Pasching und Umgebung noch immer auf eine ministerielle Entscheidung wartet, die ihre berechtigten Forderungen berücksichtigt, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die

### A n f r a g e :

- 1) Wie ist der derzeitige Stand des Verfahrens über den Antrag der Flughafen Linz - Betriebsgesellschaft mbH. auf Erteilung einer Zivillugplatz-Bewilligung?
- 2) Sind Sie im Gegensatz zu Ihrem Amtsvorgänger bereit, a l l e wesentlichen Gesichtspunkte in die Prüfung miteinzubeziehen?
- 3) Können die betroffenen Siedler mit einer in ihrem Sinne positiven Entscheidung rechnen?